

Antrag

der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz, Ulrike Schielke-Ziesing, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft durch eine Verdopplung der Agrardieselerückerstattung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung plant, die Agrardieselvergütung schrittweise bis zum Jahr 2026 abzubauen. Dadurch werden der Branche und dem ländlichen Raum in etwa 450 Mio. Euro entzogen. Die sogenannten „klimaschädlichen Subventionen“, wie diese vorrangig von der Ampel und der Union bezeichnet werden, zerstören angeblich das Klima und würden deshalb die „sozial-ökologische Transformation“ der Bundesregierung ausbremsen. Dabei produzieren Landwirte die für uns und Deutschland überlebenswichtigen Lebensmittel nach allerhöchsten Standards, sowie Qualitätsparametern¹. Deswegen ist es nicht sinnvoll die eigene Landwirtschaft mit Steuererhöhungen zu belasten und damit wieder viele Bauern zum Aufgeben zu zwingen. Viel wichtiger ist deshalb die Landwirtschaft nach guter fachlicher Praxis in Deutschland zu erhalten, um damit die Lebensmittel regional produzieren zu können und um uns nicht wieder einmal abhängig vom Ausland zu machen. Nicht nur durch die Proteste der Landwirte am 18.12.2023 in Berlin, sondern auch durch die Proteste deutschlandweit sieht auch die Bundesregierung, dass ihr Handeln gegenüber den Bauern und auch vielen weiteren Branchen wie in etwa der Bau- oder der Logistikbranche falsch ist und dringender Handlungsbedarf besteht². Auch die steigenden landwirtschaftlichen Betriebsmittelkosten, insbesondere für Energie, Dünge- und Futtermittel, stören den Agrarsektor und führen zu Liquiditäts- und Cashflow-Problemen³.

¹ <https://www.agrarheute.com/politik/agrardiesel-haben-bauernproteste-bisher-gebracht-614443>

² <https://www.youtube.com/watch?v=nzJeS0STrkY>

³ (https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-unterstuetzt-landwirte-wegen-hoher-betriebsmittelkosten-mit-einmalzahlung-2022-05-20_de).

Gerade der enorme Anstieg der Kraftstoffpreise für Diesel belastet die deutschen Bauern massiv. Deshalb ist eine deutliche Erhöhung der Agrardieselrückvergütung zielführend, um die heimische Landwirtschaft spürbar zu entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und die Existenz von bäuerlichen Familienbetrieben zu schützen.

Der völkerrechtswidrige Ukrainekrieg hat starke Auswirkungen auf die internationalen Agrarmärkte, verursacht weltweite Lebensmittelverknappung sowie eine drohende Hungersnot in der Welt. Die Sicherung der heimischen Produktion und von bezahlbaren Lebensmitteln ist daher von enormer Wichtigkeit für die Bundesrepublik Deutschland und trägt der globalen Problemlösung bei.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. die Agrardieselrückerstattung ab 2025 von 21,48 Cent/Liter auf 42,96 Cent/Liter erhöht;
2. oder nach französischem Vorbild den Einsatz von Heizöl als Kraftstoff zum Antrieb von landwirtschaftlichen Fahrzeugen zulässt, so dass auf Agrardiesel keine Besteuerung mehr stattfindet;
3. die CO₂-Bepreisung auf Dieselkraftstoffe schnellstmöglich abschafft.

Berlin, den 16. Januar 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Bereits im September 2022 hat die AfD-Bundestagsfraktion dem Deutschen Bundestag einen ähnlichen Antrag vorgelegt, der die Agrardieselrückerstattung für die deutschen Landwirte verdoppelt hätte. Damals lehnten jedoch alle Fraktionen mit der Begründung der klimaschädlichen Subvention ab⁴. Davon ist zumindest mal die Union abgekommen, denn der Einsatz von Dieselkraftstoff ist für den Betrieb von Traktoren und selbstfahrenden landwirtschaftlichen Maschinen in der Landwirtschaft unverzichtbar, weil es gegenwärtig keine technischen Ausweichmöglichkeiten gibt. Dieselkraftstoff unterliegt in Deutschland der Energiesteuer mit 470,40 Euro je 1.000 Liter, die temporär vom 1. Juni bis 31. August 2022 auf 330 Euro je 1.000 Liter gesenkt wurde. Dazu kommt die CO₂-Bepreisung von 80,30 Euro je 1.000 Liter sowie 19 Prozent Mehrwertsteuer vom Netto-Verkaufspreis⁵.

Zur Entlastung erhalten Land- und Forstwirte in Deutschland für in ihren Betrieben verwendeten Diesel derzeit eine Steuerentlastung von 214,80 Euro je 1.000 Liter⁶. Ziel dieser Entlastung ist es, die deutsche Landwirtschaft im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten wettbewerbsfähig zu halten. Die Agrardieselrückerstattung ist also eine Art Teilausgleich für eine massive Benachteiligung. Auf einen durchschnittlichen Betrieb in Deutschland gesehen machen diesen angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung ca. 20.000 Euro Kosten/ Betrieb aus die den Landwirten ab dem Jahr 2024 nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

⁴ <https://dserv.bundestag.de/btd/20/039/2003985.pdf>

⁵ (<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/2022-03-14-zusammensetzung-der-spritpreise.html>)

⁶ (https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/SteuerlicheRegelungen2019.pdf?__blob=publicationFile&v=7, S. 20)

Der Kraftstoffpreis für Diesel hat sich seit der letzten Anhebung der Agrardieselvergütung im August 2006 von durchschnittlich 1,147 Euro/Liter auf 1,70 Euro/Liter Mitte Januar jedoch massiv erhöht⁷. Viele unserer europäischen Nachbarstaaten wie beispielsweise Frankreich oder Polen arbeiten mit deutlich niedrigeren Steuersätzen. Das wirkt wettbewerbsverzerrend, weshalb die deutsche Landwirtschaft allein deswegen eine stärkere Entlastung beim Agrardiesel benötigt.

Weiterhin werden auch die Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion durch eine Petition unterstützt, die innerhalb von wenigen Tagen bereits 650.000 Unterschriften gesammelt hat. Diese Petition ist „Gegen die Streichungen der Agrardieselerückvergütung in der Landwirtschaft“. Damit wird auch hier ersichtlich, dass die AfD-Bundestagsfraktion die Probleme der Menschen im Land und insbesondere der Bauern anspricht.

Die Refinanzierung der etwa 900 Milliarden Euro könnte ohne weiteres durch Einsparung von Waffenlieferungen für die Ukraine oder auch durch die unsägliche Flüchtlingspolitik in Deutschland vollzogen werden. Allein im letzten Jahr kostete dem deutschen Steuerzahler der Ukrainekrieg 22 Mrd. Euro.

Die Flüchtlingspolitik, die derzeit in Deutschland betrieben wird, verschlingt Kosten in Höhe von 27,6 Mrd. allein im Jahr 2023. Diese beiden großen Posten zusammen betragen fast 50 Mrd. Euro, die derzeit lieber in Deutschland investiert werden sollten, anstatt in den Rest der Welt⁸.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

⁷ <https://www.bayern.de/fueracker-steuerentlastung-fuer-landwirte-beim-agrardiesel-dringend-erforderlich-bayern-fordert-erhoehung-der-agrardieselverguetung-fuer-landwirte-unabhaengigkeit-und-heimische-lebensmittelverso/>

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/665598/umfrage/kosten-des-bundes-in-deutschland-durch-die-fluechtlingskrise/#:~:text=F%C3%BCr%20das%20Jahr%202023%20werden,Fl%C3%BChtlinge%20und%20Asyl%20tendenziell%20sinken.>